

Rede  
Kiel, 13.10.2016

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Rechtsmedizin stärkt die medizinische Bildung in Lübeck und Kiel**

*Jette Waldinger-Thiering zu TOP 18 - Erhalt der Rechtsmedizin in Kiel und Lübeck*

Die Situation im UKSH und die wirtschaftliche Lage der Hochschulen ist in mehr oder weniger großen Abständen Gegenstand hier im Plenum.

Mehrfach wurde auch über die Rechtsmedizin und ihre Wirtschaftlichkeit debattiert. Man war sich einig, den Status-quo zu erhalten. So ist es bis heute und mir ist bis dato auch nichts anderes bekannt. Mehr noch; die Aufgaben in diesem Bereich werden in der Neuordnung der Hochschulmedizin gesetzlich festgeschrieben und damit langfristig sichergestellt.

Kriminalitätsbekämpfung, Forschung und das Vermitteln von Wissen sowie handwerkliches Können, all dies gehört zur tagtäglichen Arbeit der Rechtsmedizin in Kiel und Lübeck dazu. Die Rechtsmedizin ist eine entscheidende Schnittstelle für so vieles. Medizin, Jura, Fakultäten, Kliniken und Polizeidirektionen – all dies vereint die Rechtsmedizin und bietet dabei vor allem für junge Menschen eine wertvolle Anlaufstelle. Hier können sie oft erstmals ihr erlerntes in die Praxis umsetzen und erfahrende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können ihr Wissen weitergeben. Eine echte

Querschnittsaufgabe also. Dies ist nicht nur ein Mehrwert für die Städte Kiel und Lübeck, sondern für das ganze Land. Eine Tatsache, die wir uns immer wieder vor Augen führen sollten. Klar ist auch, dass ein solcher Aufgabenbereich meistens kein gewinnbringendes Modell darstellt. In Zeiten knapper Kassen, schmerzt dies natürlich besonders. Jedoch sollte es im Interesse des Landes sein, diese so wichtige Schnittstelle als Versorgungsauftrag für die Menschen zwischen Nord- und Ostsee zu erhalten. Die Rechtsmedizin an den Standorten Kiel und Lübeck sollte dabei nicht als Konkurrenz zwischen den Standorten angesehen werden, sondern sollte vielmehr eine Ergänzung darstellen. Zwei Standorte die sich ergänzen, um jeweils das Beste für die Region herauszuholen. An diesem Ziel gilt es festzuhalten.

Und eins möchte ich noch einmal deutlich machen, wenn es darum geht, Strukturen verbessern zu wollen. Das bedeutet nämlich nicht, dass bei den Optimierungsprozessen nur harte betriebswirtschaftliche Maßstäbe angelegt werden dürfen, frei nach dem Motto, was sich nicht rechnet, fliegt raus. Hierbei gilt es auch die weichen Faktoren entsprechend zu berücksichtigen. Das ist für uns als SSW ein ganz entscheidender Punkt. Denn eine ausreichende rechtsmedizinische Versorgung in unserem Land steht nicht nur im Interesse der Justiz und Polizei, sondern es stärkt vor allem die medizinische Bildung an beiden Standorten und bietet darüber hinaus ein weiteres Mehr an Infrastruktur in Schleswig-Holstein. Die Arbeit der Rechtsmedizin ist gefragt. Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang an die große fraktionsübergreifende Einigkeit, die Vertrauliche Sicherung von Tatspuren bei sexualisierter Gewalt und anderen Gewaltdelikten stärken zu wollen. Um diesen parlamentarischen Willen mit Leben zu füllen, braucht es eine starke Rechtsmedizin. Wir vom SSW wollen uns auch weiterhin für eine solide Rechtsmedizin in Kiel und Lübeck einsetzen.